



Zentralsekretariat

An das
Bundesministerium für Soziales und
Konsumentenschutz

1010 Wien, Teinfaltstraße 7
Tel.: 01 534 54 263 Fax 01 534 54 305
e-mail: zentralsekretariat@goed.at

per e-mail: stellungnahmen@bmsk.gv.at
sowie an: begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at

Unser Zeichen: Ihr Zeichen: Datum:
zu Zl. 5.274/08-VA/Dr.G/Dr.Schn/RauE BMSK-21119/0006-II/A/1/2008 Wien, 17. April 2008

**Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine
Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz
und das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert werden
(Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2008 – SVÄG 2008);
Stellungnahme;
Nachtrag betreffend massive Diskriminierung von langjährigen
Präsenzdienern**

Im Nachhang zur Stellungnahme vom 14. April 2008 übermittelt die Gewerkschaft
Öffentlicher Dienst die Forderung der Bundesheergewerkschaft:

„Die Verlängerung der befristeten abschlagsfreien Langzeitversicherungsregelung
bis 2013 und die in diesem Zusammenhang beabsichtigte Berücksichtigung weiterer
Ersatzzeiten für die Erfüllung der einschlägigen Anspruchsvoraussetzungen werden
seitens der Bundesheergewerkschaft begrüßt.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Berücksichtigung von
Präsenzdienstzeiten nach ho Wissenstand mit 30 Monaten begrenzt ist. Die Absicht,
Zeiten der „entgeltfortzahlungsfreien Krankenstände“ im Rahmen der
Schutzbestimmung für Langzeitversicherte als Beitragszeiten zu werten, um
Personen, die Krankheiten erlitten haben, nicht von Haus aus von der
Inanspruchnahme der Schutzbestimmung auszuschließen, wird begrüßt.

Es wären daher die bisher begrenzt anrechenbaren Präsenzdienstzeiten ebenfalls
als Beitragszeiten zur Gänze anzuerkennen, um langjährige Präsenzdienner (PD,

fvGWD) ebenfalls nicht von der Inanspruchnahme der Schutzbestimmung auszuschließen.

Auf die damalige soziale und finanzielle Situation der „freiwillig verlängerten Grundwehrdiener“, die sich über viele Jahre (bis zu 6 Jahre) ein ordentliches Dienstverhältnis verdienen mussten, braucht wohl nicht gesondert verwiesen zu werden. Durch die beabsichtigte Gestaltung der angesprochenen Bestimmungen würden diese nunmehrigen Bediensteten – nicht alle wurden in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen – massiv diskriminiert.“

Die GÖD fordert, dass die Verbesserung in der Anrechnung der Präsenzdienstzeiten als Beitragszeiten in die beabsichtigte Gesetzesänderung einbezogen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung



(Dr. Wilhelm Gloss)
Vorsitzender-Stellvertreter